

FDP sucht den Weg aus der Krise

In der schwarz-gelben Koalition seien "eine ganze Menge Fehler passiert". Dies erklärte die FDP-Bundestagsabgeordnete Birgit Reinemund bei einer Veranstaltung der Kreis-FDP im Anwesen Leonhardt. Obwohl die Sacharbeit "fantastisch" laufe, seien angesichts der "katastrophalen und über die Presse verbreiteten Vielstimmigkeit" die Umfragewerte und die Stimmung an der Basis "im Keller".



Links Birgit Reinemund, rechts Hanns-Georg von Wolff, neben ihm Dieter Ehret
Foto: hans-jürgen truöl

Mannheim ist der Wahlkreis von Brigit Reinemund. Doch da die FDP – abgesehen von Silke Laurischk in Offenburg – am Oberrhein keine weiteren Bundestagsabgeordneten hat, haben ihr die Liberalen auch den Kreis Emmendingen zur parlamentarischen Betreuung zugewiesen. In Emmendingen trat die 51-Jährige als Expertin in Sachen Finanzen und Steuern auf. Circa 30 Besucher, darunter eine Gruppe Jungliberaler, waren aber nicht nur am Thema Gewerbesteuern oder Länderfinanzausgleich, sondern am Zustand von Bundesregierung und Regierungskoalition interessiert. Reinemund gab sich selbstkritisch ("wir haben viel Vertrauen verspielt"), richtete aber auch Schuldzuweisungen an die Medien ("viele positiven Entscheidungen gehen in der Öffentlichkeit unter") und räumte Versäumnisse bei der Kommunikation politischer Ziele ein. Schwarzgelb müsse nun vorrangig dafür sorgen, dass eine Richtung erkennbar werde, so ihr Appell.

Die Frage: Steuerflüchtlinge oder Fiskus schützen?

In der Diskussion nahm die Frage, ob das Land die Steuer-CD hätte kaufen sollen, einen breiten Raum ein. Der Emmendinger FDP-Stadtrat Bernd Müller-Bütow brachte das Dilemma auf den Punkt: Die Frage sei doch, ob die Politik die Steuerhinterzieher oder den Fiskus schützen wolle. Da die baden-württembergische FDP die treibende Kraft gewesen sei, die CD mit den Daten von Steuerhinterziehern nicht zu kaufen, bleibe der Eindruck in breiten Teilen der Bevölkerung, es werde eine Klientel geschützt, die FDP wähle. Georg Hiss (Kenzingen) zitierte Berichte, wonach deutsche Steuerflüchtlinge 150 Milliarden Euro in der Schweiz geparkt hätten. Einnahmeausfall für den deutschen Fiskus: 30 Milliarden Euro.

Steuerhinterziehung sei aber auch die Folge zu hoher Steuern, so eine Entgegnung aus dem Besucherkreis. Beifall gab's für Birgit Reinemund, die ein verständliches und gerechtes Steuersystem anmahnte. Konkreter wurde sie nicht – bis auf den Hinweis, dass die kalte Progression abgeflacht werden müsse.

Hierzulande Sparanstrengungen, anderswo Gebührenfreiheit

Die Emmendinger FDP-Stadt- und Kreisrätin Christl Gräber "kriegt die Krise", wenn sie an den Länderfinanzausgleich denke. Es könne nicht sein, dass hierzulande trotz aller Sparbemühungen die Kindergartenbeiträge erhöht werden müssten, doch es in Berlin Gebührenfreiheit gebe und in Nordrhein-Westfalen die Studiengebühren wegfielen.

Der Weisweiler FDP-Landtagsabgeordnete Dieter Ehret stimmte zu: Es sei nicht gerecht, dass die Geberländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wegen des Länderfinanzausgleichs schlechter gestellt seien als die Nehmerländer. Doch Reinemund warnte vor zu großen Hoffnungen auf eine Änderung: "Ich sehe nicht, dass das Thema auf der Tagesordnung steht" – kein Wunder, denn die Zahl der Nehmerländer ist weit größer als die der Geberländer.

Ihren Worten zufolge herrsche auf allen Ebenen ein Streit um die Verteilung der Steuergelder. Besonders in den Kommunen gebe es Befürchtungen über nicht mehr zu stopfende Haushaltslöcher. Auch müssten Leistungen eingeschränkt und Gebühren erhöht werden, um finanziell über die Runden zu kommen. Die FDP-Politikerin, Mitglied im Haushaltsausschuss, wies auf die Schwierigkeit hin, mit den Städten und Gemeinden eine Lösung zu finden, wie diese weniger abhängig von den Konjunkturschwankungen – Stichwort: Gewerbesteuer – werden könnten. Die Gemeindefinanzkommission sei überzeugt, dass die Kommunen dringend entlastet werden müssten – doch der Weg hin zu diesem Ziel sei angesichts der komplexen Materie und unterschiedlichen Interessen nicht leicht. Es müsse strukturelle Reformen geben. Ein großes Problem seien laut Reinemund die Sozialleistungen, die sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hätten.

"Das Leben, die Politik und die Finanzlage sind eine Baustelle"

Schon zur Begrüßung hatte der FDP-Kreisvorsitzende Werner Völkle unter Anspielung aufs Anwesen Leonhardt gesagt, dass das Leben wie die Politik und die kommunale Finanzlage eine Baustelle seien. Zum Ende der Diskussion ermunterte Landtagskandidat Hanns-Georg von Wolff die FDP, einen aktiven Wahlkampf zu betreiben und gab sich für 2011 optimistisch: "Ich will dein Mandat von dir, lieber Dieter, übernehmen", wandte er

sich an den neben ihm sitzenden Weisweiler Abgeordneten Ehret. Dass dieses Ziel angesichts des derzeitigen Umfragetiefs für die FDP – sie ist seit dem Höhenflug bei der Bundestagswahl 2009 auf nun nur noch fünf Prozent abgestürzt – nur schwer zu erreichen ist, war allen Anwesenden klar. Doch vertieft werden konnte dieses Thema nicht, denn Birgit Reinemund musste auf den Spätzug.

Autor: Hans-Jürgen Truöl

WEITERE ARTIKEL: KREIS EMMENDINGEN

Hunderte Lehrstellen und etliche Leerstellen

Suche nach dem passenden Azubi schwieriger geworden / Schulen und Betriebe wollen enger kooperieren / Leistungsschwächere Jugendliche bereiten Sorge. **MEHR**

Mittlerer Bildungsabschluss erhöht Berufschancen

BZ-UMFRAGE: Wie gelingt der Weg von der Schule in den Job am besten? Junge Menschen schildern persönlichen Erfahrungen. **MEHR**

Grüne nominieren Schoch

Die Mitglieder des Kreisverbands der Grünen/Bündnis 90 haben am Freitag Alexander Schoch aus Waldkirch zu ihrem Kandidaten für die Landtagswahl 2011 nominiert. **MEHR**